

Germany-Halle (Saale): Ground investigation services

OJ S 137/2023 19/07/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH

Postal address: Heinrich-Damerow-Straße 3

Town: Halle (Saale)

NUTS code: DEE02 Halle (Saale), Kreisfreie Stadt

Postal code: 06120

Country: Germany

E-mail: schindler@weinberg-campus.de

Internet address(es):

Main address: <http://www.technologiepark-weinberg-campus.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.evergabe.de/unterlagen/54321-Tender-1894e2e07e4-2cea5b974b03665b>

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: www.evergabe.de

Tenders or requests to participate must be submitted to the abovementioned address

Additional information can be obtained from another address:

Official name: PROJECTUM Steuerungsgesellschaft mbH

Postal address: Rudolf-Breitscheid-Straße 10

Town: Halle (Saale)

NUTS code: DEE02 Halle (Saale), Kreisfreie Stadt

Postal code: 06110

Country: Germany

E-mail: kontakt@projectum-steuerungsgesellschaft.de

Telephone: +49 34520933260

Fax: +49 34520933280

Internet address(es):

Main address: www.projectum-steuerungsgesellschaft.de

I.4. Type of the contracting authority

Other type: kommunale Gesellschaft

I.5. Main activity

Other activity: Technologie- und Gründerzentrum

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

TGZ_BDC_11_BG

Reference number: TGZ_BDC_11_BG

II.1.2. Main CPV code

71351500 Ground investigation services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Baugrunduntersuchungen

II.1.5. Estimated total value**II.1.6. Information about lots**

This contract is divided into lots: no

II.2. Description**II.2.2. Additional CPV code(s)**

71351500 Ground investigation services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEE Sachsen-Anhalt

Main site or place of performance: TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH
Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)

II.2.4. Description of the procurement

Der derzeitige Arbeitsstand geht von 5 Vollgeschossen mit max. 5 m Geschosshöhe, darauf einem zurückspringenden Staffelgeschoss und einem Gebäudehochpunkt als Akzent aus. Daraus ergibt sich eine Gebäudehöhe von max. 30,0 m bis Oberkante Attika und max. 37,0 m für den Gebäudehochpunkt.

Der Bereich des BDC wird ca. 15.000 m² Bruttogeschossfläche und davon 10.000 m² Nutzungsfläche umfassen.

Das für den Bau vorgesehene Grundstück hat eine Fläche von ca. 16.000 m² und grenzt an öffentlichen Verkehrsraum an.

Inhalt dieser Ausschreibung sind Leistungen für Baugrunduntersuchungen für den Neubau des BDC.

Der Auftraggeber behält sich vor, einzelne Stufen auch zusammen zu beauftragen

Ein unbedingter Rechtsanspruch auf Beauftragung der weiteren Leistungen besteht nicht.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Planungsaufgabe / Weighting: 30,00

Price - Weighting: 70,00

II.2.6. Estimated value**II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system**

Start: 01/09/2023 End: 31/12/2027

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Es erfolgt eine stufenweise/optionale Beauftragung.

Erste Stufe beinhaltet die Grundlagenermittlung, Erkundungskonzept, Beschreiben der vorgefundenen Baugrund- und Grundwasserverhältnisse sowie die Beurteilung.

Die zweite Stufe sind besondere Leistungen und werden optional beauftragt, diese umfassen folgende Leistungen "Bautechnische Hinweise insbesondere bei Erdarbeiten, Baugruben und Böschungen sowie die Baubegleitung."

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

- Jeder Bewerber darf sich nur einmal bewerben. Das gilt auch für Niederlassungen des Bewerbers, auch wenn Sie wirtschaftlich unabhängig sind.
- Bewerbergemeinschaften sind zugelassen. Mit der Bewerbung ist eine Erklärung über Rechtsform, den bevollmächtigten Vertreter sowie über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder vorzulegen. Bewerbergemeinschaften müssen sämtliche geforderte Nachweise für alle Mitglieder vorlegen.

(Das Formular der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) muss nicht verwendet werden, da alle erforderlichen Angaben in den Formblättern abgefragt werden.)

1. Benennung der projektverantwortlichen Person (Fachprojektleiter) mit Nachweisen zur Erfüllung folgender Mindestqualifikationsanforderungen für die benannte Person:

- berufliche Mindestqualifikation: abgeschlossenes Studium, welches zur Bearbeitung der der Aufgabestellung befähigt, Nachweis durch Studienabschlussurkunde
- mind. 5 Jahre Berufserfahrung in der Bearbeitung energetischer Belange von Hochbauvorhaben, Nachweis durch personenbezogene Referenzliste der letzten 5 Jahre.

2. Angabe von Nachunternehmern Verzeichnis zu wesentlichen Nachunternehmern (Formblatt E)

3. Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft muss erklären, dass weder beim Bewerber noch bei einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft Ausschlussgründe im Sinne von §123 und 124 GWB (Eigenerklärung) vorliegen. Diese Erklärung muss auch jeder qualifizierte Nachunternehmer jeweils für sich abgeben. (siehe Formblatt F)

4. Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft muss erklären, ob der Einsatz von qualifizierten Nachunternehmern, die einen Leistungsbestandteil verantworten und auf die sich der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit stützt, vorgesehen ist. Ist dies der Fall, kann vom Auftraggeber die Vorlage einer Verpflichtungserklärung verlangt werden.

5. Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft muss erklären, dass sie sich am Vergabeverfahren ausschließlich als Mitglied dieser beteiligt und in keiner anderen Weise als

Bewerber an dem Vergabeverfahren beteiligt ist. Er muss weiter erklären, dass er im Falle der Beauftragung, gemeinsam mit allen weiteren Mitgliedern gesamtschuldnerisch haftet. Es muss ein bevollmächtigter Vertreter der Bewerbergemeinschaft benannt werden, der berechtigt ist, im Namen der Mitglieder mit Wirkung für und gegen diese rechtsverbindlichen Erklärungen im Vergabeverfahren abzugeben und entgegenzunehmen.

6. Angabe des Bewerbers zu wirtschaftlichen und/oder rechtlichen Verknüpfungen zu anderen Unternehmen. Sollten keine Verknüpfungen bestehen, ist eine formlose Negativerklärung abzugeben.

7. Aktueller Auszug aus dem Berufsregister für natürliche Personen bzw. Auszug aus dem Handelsregister für juristische Personen, nicht älter als 3 Monate.

8. Unbedenklichkeitserklärung des Finanzamtes, die nicht älter als 6 Monate ist. Die Frist wird ab dem Tag des Ablaufs der in der Vergabebekanntmachung genannten Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge zurückberechnet; dies gilt auch für den Fall einer nachträglichen Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge. Diese Unbedenklichkeitserklärung ist von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft einzureichen.

9. Eigenerklärung Sanktionspaket EU: Gemäß Vordruck 523 EU, diese ist für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Diese Eigenerklärung ist auch für jeden qualifizierten Nachunternehmer abzugeben.

10. Ausgefülltes und unterzeichnetes Formblatt 124 Eigenerklärung zur Eignung. Diese Eigenerklärung ist auch für jeden qualifizierten Nachunternehmer abzugeben.

11. unterzeichnete Eigenerklärungen gem. TVergG LSA

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft muss mit der Bewerbung folgende Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit vorlegen:

1. Angabe der Anzahl der insgesamt beschäftigten Mitarbeiter des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft in den letzten drei Geschäftsjahren (siehe Formblatt C) mindestens 5 Mitarbeiter

2. Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung, mit Nennung der Deckungssumme gemäß § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV mit einer mind. Deckungssumme von 3.000.000 Euro für Personenschäden und 1.500.000 Euro für Sachschäden. Falls derzeit keine Berufshaftpflichtversicherung in der Höhe der geforderten Deckungssumme besteht, ist die Erklärung eines Versicherers beizufügen, wonach dieser bereit ist, im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung zu den o. g. Bedingungen mit dem Bewerber abzuschließen. Die Versicherung muss mind. für die Dauer der Ausführungszeit (siehe Ziffer II.2.7) z. B. unbefristet, sich automatisch verlängernd o. ä. abgeschlossen sein oder in Aussicht gestellt sein.

3. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft eine Versicherung zu den o. g. Bedingungen nachzuweisen bzw. eine entsprechende Absichtserklärung eines Versicherers beizubringen.

Die Formblätter sind für die Strukturierung und Wertung der Angebote zwingender Bestandteil.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Angabe der Anzahl der insgesamt beschäftigten Mitarbeiter des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft in den letzten drei Geschäftsjahren (siehe Formblatt C) mindestens 5 Mitarbeiter

III.1.3. Technical and professional ability

Minimum level(s) of standards possibly required:

1. Referenz für Erstellung eines geotechnischen Untersuchungsberichtes für den Neubau eines Nichtwohngebäudes aus den letzten 10 Jahren mit BGF von mind. 10.000 m² gem. RiliGeoB 2018 (oder der vergleichbaren Vorgängervorschrift oder vergleichbarer Leistungsumfänge bei Büro im Ausland)
2. Referenz für die Erstellung eines Erkundungskonzeptes und dessen Ausführung mit Rotationskernbohrung und Drucksondierungen eines Neubaus eines Nichtwohngebäudes mit einer BGF von mind. 10.000 m²

Die vorgenannten Bedingungen hinsichtlich der Referenzen können jeweils durch eine oder unterschiedliche Referenzen nachgewiesen werden.

Bei Arbeits-/Planungsgemeinschaften sind die geforderten Nachweise von jedem Mitglied der Bewerbung bis Bewerbungstichtag vorzulegen. Für Nachunternehmer ist die Leistungsfähigkeit geeignet nachzuweisen.

Die Formblätter sind für die Strukturierung der Angebote zwingender Bestandteil.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular profession Reference to the relevant law, regulation or administrative provision:

§ 44 VgV, § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV

III.2.2. Contract performance conditions

Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

-Betriebshaftpflichtversicherung mit einer mind. Deckungssumme gemäß § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV mit von 3.000.000 Euro für Personenschäden und 1.500.000 Euro für Sachschäden. Falls derzeit keine Berufshaftpflichtversicherung in der Höhe der geforderten Deckungssumme besteht, ist die Erklärung eines Versicherers beizufügen, wonach dieser bereit ist, im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung zu den o. g. Bedingungen mit dem Bewerber abzuschließen. Die Versicherung muss mind. für die Dauer der Ausführungszeit (siehe Ziffer II. 2.7) z. B. unbefristet, sich automatisch verlängernd o. ä. abgeschlossen sein oder in Aussicht gestellt sein.

Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

-HOAI in der geltenden Fassung (bei Büro im Inland)

Rechtsform der Bietergemeinschaft an die der Auftrag vergeben wird:

-Arbeits-/Bewerbergemeinschaften sind zugelassen. Mit der Bewerbung ist eine Erklärung über Rechtsform, den bevollmächtigten Vertreter sowie über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder vorzulegen. Es ist ein verantwortlicher Ansprechpartner für jede Leistungsphase (Planung, Bau) zu benennen. Arbeits-/Bewerbergemeinschaften müssen sämtliche geforderte Nachweise für alle Mitglieder der Arbeits-/Bewerbergemeinschaften vorlegen. Projektgesellschaften sind ebenfalls zulässig.

Bei der Zusammenstellung der Unterlagen ist darauf zu achten, dass nur Erklärungen und Nachweise eingereicht werden, die notwendig sind. Zusätzliche Informationen, die nicht dem Nachweis der geforderten Angaben dienen, werden nicht berücksichtigt. Die Nachweise können auch in Kopie eingereicht werden. Der Auftraggeber kann, wenn er dies für erforderlich hält, zur Überprüfung die Nachreichung des Originals verlangen. Alle Eigenerklärungen sind jedoch nur im Original gültig.

Bei Arbeits-/Planungsgemeinschaft ist die Erklärung (Formblatt F) von jedem Mitglied bzw. auch für solche Unternehmen (Nachunternehmer) auszufüllen, deren sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrages zu bedienen beabsichtigt.

Der Bewerber bzw. die Arbeits-/Planungsgemeinschaften muss erklären, ob der Einsatz von qualifizierten Nachunternehmern, die einen Leistungsbestandteil verantworten und auf die sich

der Bewerber bzw. die Arbeits-/Planungsgemeinschaften hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit stützt, vorgesehen ist. Ist dies der Fall, kann vom Auftraggeber die Vorlage einer Verpflichtungserklärung verlangt werden. (Formblatt E)

Der Bewerber bzw. die Arbeits-/Planungsgemeinschaften muss erklären, dass weder beim Bewerber noch bei einem Mitglied der Arbeits-/Planungsgemeinschaften Ausschlussgründe wegen im Sinne nach § 123 Abs. 1 GWB vorliegen. Diese Erklärung muss auch jeder qualifizierte Nachunternehmer jeweils für sich abgeben.

Angaben zu wirtschaftlichen und/oder rechtlichen Verknüpfungen zu anderen Unternehmen. Sollten keine Verknüpfungen bestehen, ist eine Negativerklärung abzugeben.

Nachweis über die Führung der Berufsbezeichnung Ingenieur durch wenigstens einen Büroinhaber oder Mitarbeiter des Bewerbers bzw. der Arbeits-/Planungsgemeinschaft. § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV.

unterzeichnete Eigenerklärung Sanktionspaket EU: Gemäß Vordruck 523 EU

unterzeichnete Eigenerklärung gem. TVergG LSA

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 14/08/2023 Local time: 13:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 06/09/2023

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 14/08/2023 Local time: 13:00

Information about authorised persons and opening procedure: entfällt

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic invoicing will be accepted

VI.3. Additional information

Für die Angebotserarbeitung wird keine Entschädigung gezahlt.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: 1. Vergabekammer beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt

Postal address: Ernst-Kamieth-Straße 2

Town: Halle (Saale)

Postal code: 06112

Country: Germany

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Erkannte Vergabeverstöße sind innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen zu rügen, § 160 III Nr. 1 GWB Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zu der in dieser Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder Abgabe des Angebots bei der unter Punkt I.1) benannten Stelle zu rügen. Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB (bei Ablehnung einer Rüge): spätestens 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Vergaberüge des Unternehmens, welches eine Verletzung seiner Rechte nach den §§ 97 ff GWB geltend macht, nicht abhelfen zu wollen.

VI.5. Date of dispatch of this notice

14/07/2023